Wiener Rathaus-Correspondenz
Herausgeber u. verantw. Redacteur Rud. Kögl
I. Wien, Rathaus Tel. 16472
12. Jahrg. Wien, Donnerstag 27. November No 272

Besichtigung der Linienamtsgebäude A. Marx u. Erdberg. In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde nach einem Berichte des VR. Hörmann beschlossen, ein Grundtauschkivo zwischen der Gemeinde Wien, bezw. dem Wiener Bürgerspitalfond u. der K. K. Dikasterialgebäude-Direktion dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen, durch welch bei beiden, nach Regulierungsfragen mit einer Klage gelöst erscheinenden, die Regulierung bei dem ehemaligen A. Marxer Linienamtsgebäude, bei dem Linienamtsgebäude Erdberg u. bei der Grünangerdorfer Linie. Nach den zum Beschlusse erhobenen Anträgen ist der Gebäude-Direktion mitzuteilen, dass der Gem. Wien namens des Bürgerspitalfonds bereits ist, folgende Übereinkommen abzuschließen: Der Bürgerspitalfond überlässt an das Ärar in der Strasse zum A. Marxer Friedhof einen Grundcomplex von ca. 3515 m² zur Erbauung eines Gebäudes für die K. K. Finanzwache u. verpflichtet sich den von dieser Realität in die Strasse auffallenden Grund im Ausmasse von 850 m² ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentl. Gut zu übertragen. Das Ärar überlässt dem Bürgerspitalfonds 1.) die ehemalige Linienamtsrealität Erdberg im Ausmasse von 375·13 m² u. 2.) ein Realität an der Ecke der Grünangerdorferstrasse u. des inneren Marxerschen Gürtels gegenüber dem Radbahnhof Grünangerstrasse im Ausmasse von 1748 m². Der Bürgerspitalfond verpflichtet sich zu einer Aufzahlung von 16.000 K an das Ärar, welche Summe nach der Ratification des Vertrages durch das Finanz-Ministerium fällig ist. Das Linienamtsgebäude A. Marx soll demoliert werden, sobald der Ersatzbau für die in diesem Gebäude untergebrachten Finanzwachorgane fertig gestellt ist. Das Linienamtsgebäude Erdberg soll sofort der Demolierung zugeführt werden. Gleichzeitig wird ein Übereinkommen zwischen dem Bürgerspitalfond u. der Gemeinde Wien getroffen wegen Übergabe der zu Straßenzwecken entfallenden Grundflächen u. wegen Erwerbung von Grundparcellen zur Arrondierung der vom Bürgerspitalfond übernommenen Realitäten. Hiebei bezahlt die Gde Wien an den Bürgerspitalfond einen Betrag von 63.000 K, welcher i. J. 1903 flüssig gemacht wird. – Gleichzeitig wurde ein Antrag des VR. Busch angenommen, nach welchem der Magistrat angewiesen wird, wegen Herstellung geordneter Verhältnisse auch bei der ehemaligen Hundsthurnerlinie Vorschläge zu erstatten.

Wiener Stadtrat.

Sitzung vom 27. November
Vorsitzender V. L. Dr. Neumayer.

Nach einem Berichte des VR. Sygenberger werden dem Leopoldstädter Kinderspitalverein 150 Centner Brickcoaks aus dem Vorrate der städtischen Gaswerke unentgeltlich überlassen.

VR. Kraster legt die Schlussrechnung über die Einrichtung des magistratischen Bezirksamtes Brigittenau Brigittaplatz 16 u. der Kanzlei für die Bezirksvertretung Winterstrasse 34 vor. Die Gesamtkosten per 30.363 K 32 h werden genehmigend zur Kenntnis genommen u.

Dem Verein „Werk des hl. Apostelg. Pauli" werden zwei Lehrzimmer in der Turnsaal der Mädchenvolksschule Brigittenau Karajangasse 14 zum Zweck der Beschäftigung armer aufsichtsloser Schulmädchen am Nachmittage unter den üblichen Bedingungen überlassen.

Nach einem Berichte des VR. Rauer werden dem Kaiser Franz Joseph-Reconvalescentenheim für arme Frauen in Hütteldorf 100 Centner Brickcoaks aus den Vorräten der städt. Gaswerke unentgeltlich überlassen.

Die Herstellung eines Wasserlaufes von Gräben im Ober A. Meiler Friedhofe wird genehmigt.

VR. Busch berichtet über ein Anbot auf Überlassung eines Teiles der Realität Margarethen Johannagasse 34 zur gerad. linigen Eröffnung der Johannagasse um den Kaufpreis von 50.000 K. Es wird beschlossen, das Anbot wegen zu hoher Forderung abzulehnen.

Nach einem Berichte des VR. Hörmann wird die Baulinie für den Feinmarkt im Bezirk Landstrasse dahin bestimmt, dass der bestehende Bau der Baulinie bei den Häusern 7 u. 9 gewildert wird.

Nach einem Berichte des VR. Grünbeck wird ein Offert auf mehrere Grundparcellen, welche sich zur Erweiterung des Zentralfriedhofes eignen würden, wegen zu hoher Forderung (K 6·40 per m² abgelehnt.

VR. Kipperny legt einen Antrag vor, dessen Ausführung auf Grund einer Kabellegung der städtischen Elektrizitätswerke über Fridhofgrund nicht den 4 weiteren Niederdrücke notwendig erscheint. Derselbe wird genehmigt.

VR. Dr. Deutschmann beantragt den Projekte der Stadtbahnbau betreffend die Herstellung von Rohrleitungen aus

Ableitung des Regenwassers von den Hausdächern der Karlskirche in die Hauptkanäle ohne Aufforderung eines Platzzinses zuzustimmen. (Ang.)

Bezirksratssitzung. Die Vertretung des Bezirkes Margareten hält am Montag den 1. December 4 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

Einschränkung des Wasserverbrauches. Der auffallend mit strengem Frost verbundenen Trockenheit hat eine derartige Abnahme des Zuflusses der Hochquellenleitung zur Folge, daß es notwendig erscheint, Vorkehrungen zur Einschränkung des Wasserverbrauches zu treffen. Der Stadtrat hat daher auf einen Bericht des HR. Bielohlawek über Antrag des Magistrates nachstehende unverzüglich durchzuführende Beschlüsse gefaßt:

1.) Bauwasser-Anmeldungen sind bis auf weiteres nur dort entgegenzunehmen, wo die Wasserabgabe aus der Donautalwasserleitung möglich ist.

2.) Die gegen Widerruf oder kurze (bis zu 14 tägige) Kündigungsfrist bewilligte Wasserabgabe aus der Hochquellenleitung zum außergewöhnlichen u. industriellen Bedarf ist einzustellen, insoweit sie 10 Hektoliter täglich überschreitet.

3.) In allen Häusern, in welchen bisher ein Wassermesser nicht zur Einbauung gelangte, ist der Wasserzufluß auf das dem normalen, bezw. dem angemeldeten Bedarf entsprechende Quantum zu beschränken.

4.) Der Stadtrat behält sich für den Fall, als mit diesen Maßregeln das Ausbleiben nicht gelingen sollte, die sofortige Vorschrift vor, wonach eventuell mit der Einstellung der Wasserabgabe in den Bezirken vorgegangen u. die Wasserabgabe auf den Ausfluß im Freigefälle beschränkt werden.

Städtische Straßenbahnen. Der Stadtrat hat der von der Firma Siemens u. Halske beantragten Genehmigung der Verlegung des Sitzes der städtischen Straßenbahnen Handelsmann Sander, der Landtsleute Anton Kaiser u. Franz Walter u. des Kaufmannes Johann Prokesch in den bleibenden Aufsichtsrat die Zustimmung erteilt. – Der vom Referenten HR. Dr. Hafelsky vorgelegte Revers anläßlich der Ausstellung einer Wertfolie in der Gestalt von „Städtische Bäder" der Straßenbahnlinie Franzens Rudolfstraße – Städtische Bäder" im Bauwerbots, wegen der Donauuferbahn wurde vom Stadtrat genehmigt. – Nach einem Berichte des HR. Scheiner wurde die Zustimmung erteilt, daß die Arbeiter der Gaugl-Regulierungs-Werkstätte in Rudolfsheim aus der allgemeinen Arbeiter-Kranken- u. Unterstützungskasse austreten u. in die Betriebskrankenkasse der städtischen Straßenbahnen aufgenommen werden. Weiters wird die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske ersucht, darauf hinzuwirken, daß auch die übrigen Werkstätten-arbeiter in die Betriebs-Kranken-Kasse eintreten u. daß der Vertrag mit der Allg. Arbeiter-Kranken- u. Unterstützungskasse demnach gänzlich gekündigt wird.